

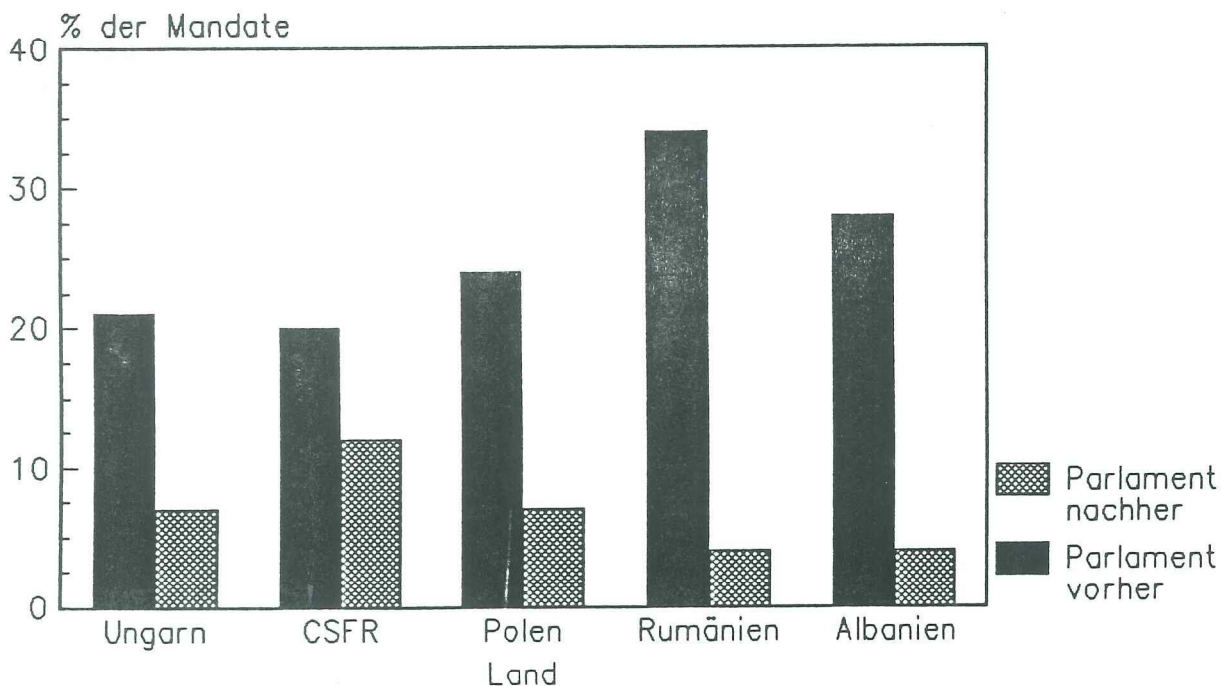
FRAUEN IN MITTELEUROPA: FREIER ABSTIEG STATT VERORDNETER GLEICHHEIT ?¹

Die Frauen in den kommunistischen Gesellschaften hatten angeblich die Gleichheit errungen, die ihnen im Kapitalismus versagt ist. Zwar war der Frauenanteil unter den Berufstätigen deutlich höher: fast die Hälfte aller Arbeitnehmer waren Frauen und durchschnittlich 80% der Frauen waren berufstätig. Frauen zeigten auch in der Ausbildung fast das gleiche Niveau wie Männer, wenn auch mit anderer Spezialisierung (vor allem soziale Dienstleistungen, Medizin und Lehrberufe). Aber tatsächlich blieben sie auch im Berufsleben diskriminiert, da sie von vielen, meist besser bezahlten Tätigkeiten ausgeschlossen waren.

Das - schon in der Arbeitswelt kaum verwirklichte - sozialistische Gleichheitsmodell versagte völlig bei der Änderung des Rollenverhaltens der Männer in der Familie. Die Kehrseite der Medaille war daher eine Doppelbelastung der Frauen durch Beruf, Familie und Haushalt, die durch staatliche Kinderbetreuung nur teilweise erleichtert wurde. Niedrige Geburtenraten - nicht zuletzt über hohe Abtreibungsraten - und hohe Scheidungsraten ergaben sich als weitere Folgen.

SINKENDE BEDEUTUNG DER FRAUEN IN POLITIK

Frauenanteil im Parlament



SOZIALE KRISE AUF DEM RÜCKEN DER FRAUEN

Frauen gehören zu den Hauptleidtragenden der Strukturkrise in Mitteleuropa. In Polen und in der CSFR stellen sie einen überproportionalen Anteil der Arbeitslosen. Importkonkurrenz und Nachfrageeinbrüche führten zu einer Strukturkrise in der Leichtindustrie (Textil, Bekleidung, Nahrungsmittel), die einen hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten aufweist. Auch der Abbau der Staatsbürokratie mit ihren vielen weiblichen Angestellten (Sekretariat etc.) betrifft Frauen besonders. Häufig entlassen Arbeitgeber auch Frauen eher als Männer, stellen sie später wieder ein und investieren weniger in ihre Weiterbildung.

Der Zwang zu Einsparungen im Staatshaushalt zwingt in einigen Ländern die öffentliche Verwaltung dazu, die soziale Infrastruktur, darunter auch die Kindergärten, abzubauen. Mangelnde Kindergartenplätze wiederum hindern Frauen daran, einen Job zu suchen und zu finden.

Der Sparpolitik fallen auch familienbezogene Sozialleistungen zum Opfer. So blieb z.B. das Kindergeld in Polen bei 5000 Zloty (= ca. 1.70 DM), während das Durchschnittseinkommen auf 1,5 Millionen Zloty (= 510 DM) anstieg. Die Arbeitslosenunterstützung für Frauen liegt oft unter dem gesetzlichen Mindesteinkommen, da sie auch schlechter bezahlte Jobs ausübten. Soziale Not der Frauen und Familien trifft vor allem die Kinder und gefährdet damit die Zukunft der gesamten Gesellschaft.

GEMISCHTE AUSSICHTEN IN DER NEUEN MARKTWIRTSCHAFT

Der Dienstleistungssektor wird voraussichtlich in allen Reformgesellschaften wachsen, und mit ihm die Beschäftigungschancen für Frauen, die in diesem Sektor besonders hoch liegen. Auch die zunehmende Flexibilität der Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, etc.) sowie Möglichkeiten für freiberufliche Tätigkeit könnten die Frauenbeschäftigung erleichtern. In der Tat haben in Polen und Ungarn Frauen z.B. im Bankensektor zunächst interessante Positionen einnehmen können und ein knappes Viertel der neuen Unternehmen, vor allem im Dienstleistungsbereich, gegründet.

Aber die Tendenz steigt, neue Arbeitsplätze mit Männern zu besetzen, da Frauen für weniger anpassungsfähig gehalten und die Männer als "Familienernährer" bevorzugt werden.

DEMOKRATIE ALS DIE FREIHEIT, VON MÄNNERN REGIERT ZU WERDEN

Schon unter dem kommunistischen Regime waren die Frauen in politischen Gremien (Parlament, Regierung, Parteispitze) unterrepräsentiert und durch Frauen vertreten, die sich mehr durch Parteihörigkeit als durch starke Interessenvertretung ausgezeichnet hatten. Ihre politische und gesellschaftliche Gleichstellung mit Männern sollte sich - quasi automatisch - aus der materiellen Gleichstellung in der Arbeitswelt ergeben.

De facto blieben sie jedoch diskriminiert und hatten - im Gegensatz zum Westen - häufig nicht einmal die Möglichkeit, ihre Rechte einzuklagen. Die unterstellte Gleichheit begründete den Mangel an gesetzlichen Vorschriften und Institutionen gegen Diskriminierung.



Mit der Öffnung des politischen Systems in Form der Mehrparteien-demokratie hatten die Frauen zwar prinzipiell neue Chancen außerhalb der Blockparteistrukturen. Aber im Ergebnis zeigen auch die neu gewählten Parlamente und Regierungen eine massive Unterrepräsentanz von Frauen. Der Frauenanteil unter den gewählten Abgeordneten sank in der Regel sogar (CSFR von 24% zu 7%; Polen von 20% zu 12%; Ungarn von 21% auf 7%; Rumänien von 34% auf 4%; Albanien von 28% auf 4%).

KONSERVATIVE FAMILIENPOLITIK AUF DEM VORMARSCH

Der Umbruch in Osteuropa berührt nicht nur das Regierungs- und Wirtschaftssystem. Mit dem Ende des Kommunismus erleben auch Werthaltungen und gesellschaftspolitische Ideen einen Aufschwung, die jahrzehntelang durch die herrschende Ideologie unterdrückt waren.

Religiöse bzw. kirchliche Vorstellungen zur Rolle der Frau und der Familie finden - besonders in katholischen Ländern - über christdemokratische und konservative Parteien Eingang in die offizielle Gesellschaftspolitik. Dies wird am deutlichsten in der Frage der Abtreibung und Empfängnisverhütung. Die liberale Haltung in vielen kommunistischen Ländern (Ausnahmen: Rumänien, Albanien) weicht einer öffentlichen Debatte, die in Ländern wie Polen stark die Rechte der Frauen einschränken will. In Polen verweigerte ein Gericht einer Frauengruppe die amtliche Zulassung mit der Begründung, das Eintreten für das Recht zum Schwangerschaftsabbruch sei gesetzwidrig - obwohl das Recht noch gesetzlich in Polen verankert ist.

Unter dem Kommunismus war häufig Abtreibung das Hauptinstrument der Familienplanung und ein Ersatz für Empfängnisverhütung. Daran hat sich meist nicht viel geändert, denn moderne empfängnisverhütende Mittel sind immer noch schwer erhältlich. Vor allem aber fehlt es an Aufklärung und Erziehung, die von Konservativen oft verhindert wird.

Konservative Politik und steigende Arbeitslosigkeit drängen die Frauen zurück ins Heim und an den Herd. Sparzwänge und paternalistische Sozialpolitik liegen im Widerstreit um das Ausmaß der Familienunterstützung (Kindergeld etc.), das zur Unterstützung dieser Entwicklung gezahlt werden kann.

¹ Diese Ausgabe der Politikinformation Osteuropa entstand auf Grundlage von Papieren von Aleksandra Braginski-Diebold und Christa Randzio-Plath, MdEP.